

Die Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 277

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dorotee monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, drei Bände durch die Post monatlich M. 1,50, vierteljährlich M. 4,50, außer Postgeb.
Geschäftliche Halle-Adresse: Leipziger Straße 61/62, fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 11. Juni

Anzeigenpreis: Stilles Interessesort je Zeile 20 Pfg., am Sonntag je Zeile 40 Pfg., Restamplie 1,25 M., Rabatt nach Kant. Erklärungen Halle-Saal.
Geschäftliche Berlin-Adresse: Bernburger Str. 30, fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Tötle, Halle-Saal

Vor Schweren Ereignissen in Italien

Ueberreichung am Freitag?

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Die heutigen Pariser Morgenblätter berichten, daß die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenverträge erst am Freitag überreicht werden wird. Nach dem „Echo de Paris“ steht die Höhe der Entschädigungen noch nicht endgültig fest. Zu der Postfrage heißt man eine Einigung zu erzielen. Die Angelegenheit betreffend das Saargebiet und die Befreiung des linken Rheinufers wird unverändert bleiben.

× Paris, 10. Juni.

Die „Times“ melden aus Paris: Die englischen Minister sind verfahren in Paris, wo die Antwort an Deutschland und Belgien am Freitag fertiggestellt wird. Lord George erklärte, die Alliierten würden mit einer bestimmten oder unbestimmten Regierung niemals Frieden schließen. Die Verhandlungen sind, ihre Fortschritte erleben. Die anderen Kommissionen werden voraussichtlich heute Dienstag fertig sein.

× Bern, 10. Juni.

Die „Times“ melden aus Paris, daß bezüglich der Abänderung der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland über die finanzielle Angelegenheit und die Grenzen im Osten nach keine Entscheidung getroffen werden ist. Es sei wahrscheinlich, daß in der Entscheidungfrage ein Kompromiß getroffen werde. Die Kommission werde Deutschland am 11. Mai 1921 einige Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Betrag der endgültigen Entschädigungsumme mitteilen.

Vollschabkennung in Oberschlesien

Dem Beschluss nach, aufzuheben, nachdem amerikanische Blätter, daß endgültig entschieden ist, daß in Oberschlesien eine Vollschabkennung stattfinden.

× Paris, 10. Juni.

Der „Matin“ meldet: Der Organisations-Ausschuss der Liga der Nationen hat gestern folgenden Antrag angenommen: Es ist für und vor weitestgehender Berücksichtigung aller wichtigen wirtschaftlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und anderen Angelegenheiten in allen Weltteilen auf dem Laufenden erhalten zu sein. Jeder Mitgliedsstaat der Liga muß infolgedessen dem internationalen Sekretariat jede wichtige Information zur Kenntnis geben.

Der „Matin“ als Gegner Clemenceaus

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Seit heute morgen bemerkt sich der „Matin“ zu den ersten Gegnern Clemenceaus. Der Anlaß zu dieser Umkehrung ist eine Beschuldigung des Generalsekretärs der französischen Presse, Schäfer, der gleichzeitig Vorkämpfer des „Matin“ ist, bei der Repartierung verschiedene Zeitungen bevorzugt zu haben. Gegen Schäfer war ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und in seiner Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Eine große Anzahl Pariser Blätter hat ebenfalls diese Anschuldigungen protokolliert. Der „Matin“ betont, es handle sich um den Versuch, das Blatt, dessen Kampagne der französischen Regierung unangenehm ist, zu kompromittieren und mundtot zu machen.

Wir räumen Kurland weiter

In sieben Wochen beendet. — Eine Note an Hoch.

Berlin, 10. Juni.

In der Frage der Räumung Lettlands von den deutschen Truppen hat Reichsminister Erzberger durch General Heiser von Sammerstein in Spanien folgende Note überreicht lassen:

- „Ich bitte, General Kubant, folgende Note für Marschall Hoch zu übergeben:
1. Gegenüber dem Telegramm des Marschalls Hoch vom 29. Mai, welches die Weichenstellung der deutschen Streitkräfte in Litauen und Lettland nördlich einer bestimmten Linie fordert, muß die deutsche Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, daß sie auf Grund Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages das Recht hat, die eingeleitete und bereits in Ausführung befindliche Räumung der vor dem Feinde zu Litauen gehörigen Gebiete durchzuführen. Die Berechtigung dieser Auffassung ist von der deutschen Regierung bereits herkömmlich begründet worden. Ich verweise insbesondere auf meine Note vom 27. Dezember 1918 und 28. Mai 1919. Die deutsche Regierung weigert daher auch nicht anzuerkennen, daß sie auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gebunden ist, Weichungen über die Art der Räumung entgegenzunehmen, wenn sie auch kein Bedenken trägt, daß südlich der mitgeteilten Linie gelegene Gebiet zurückzunehmen. Die planmäßige Räumung Litauens und Lettlands wird voraussichtlich in sechs bis sieben Wochen beendet sein.
 2. Bezüglich der Bedingungen für weitere Verwendung des Grafen von Wolf habe ich folgendes mitzuteilen: General Graf von Wolf hat erklärt, daß er auf innere Angelegenheiten Lettlands nicht zu kümmern. Er kann also die Einhaltung der Regierung weder erleichtern noch erschweren. Graf von Wolf hat keinerlei Waffen oder militärische Truppen zurück-

Straßenkämpfe in Neapel

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

× Neapel, 10. Juni.

Die „Secolo“ aus Neapel meldet, gleich die Stadt einen Feldlager. Die Delegiertenversammlung der Arbeiter tagt abendwärts. In der Stadt wurden mehrfach Barricaden errichtet. Es kam dabei zu Straßenkämpfen mit Polizisten, Carabinieri und Soldaten. Die Verwundeten wurden in die Privatwohnungen geschleppt. Man befürchtet schwere Ereignisse für die nächsten Tage.

Frankreich vor dem Generalfreik

Die politischen Forderungen der Arbeiter — Generalfreik am 23. Juni — Vergeltende Gegenmaßnahmen der Regierung

Bern, 10. Juni.

Die „Confédération Générale du Travail“ sieht in ganz Frankreich eine Revolution ansetzen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterfrist: sofortige Demobilisierung der Arme, Amnestie für alle politischen Verurteilten, einseitige Freilassung der wegen Mordtaten bestrafte Soldaten und Matrosen, Zurückziehung aller französischen Truppen aus Spanien, Marokko usw., aufgestellt werden. Sämtliche Größtwerkstätten, auch die Eisenbahnen und Straßenarbeiter, erklären, auf Befehl der „Confédération Générale du Travail“ hin die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meinung dürfte der Generalfreik am 23. Juni erklärt werden.

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

× Paris, 10. Juni.

Die Streikfrage ist unauflöslich. Das „Journal du peuple“ schreibt: Die Regierung ertzt sich, wenn sie meint, durch Militarisierung der Untergrundbewegung den Konflikt lösen zu können, da die Angehörigen ihrem aufgestellten Programm gemäß handeln werden. — Heute hat in der Kammer eine Debatte über den Ausbruch der Streikfrage, wobei Göttsch die Zurückziehung aller Soldaten über die Intervention in Jugoslawien und seine Bewunderung für Soldaten und die seiner Leute im Schwarzen Meer und in Dössa aussprach.

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

× Paris, 10. Juni.

Die Führer verschiedener Arbeiterverbände erklären in der „Sommanté“, daß die Maßnahmen und Verbote der Regierung die Arbeiterfrist nicht einschließen würden. Sie würden mit Gewalt ihre Forderungen durchsetzen. Heute abend findet eine Sitzung des Verbandes der Secesate statt, in welcher, wie die Presse vermutet, der Generalfreik erklärt wird. Die phantastischen Arbeiter haben gestern abend den Generalfreik beschlossen.

Die politischen Forderungen der französischen Arbeiter überreichen durch ihren Abfallsinn. Das es in Frankreich gäbe, war allbekannt, und deshalb ist es geradezu sicher, wenn die Konferenz der Pariser Streit, der immer stärker Formen annahm, als einen Selbstmord angesehen werden. Er ist vielmehr als der elementare Ausdruck des lange verhaltenen Feindschafts, denn die Plamen flammen von der Seite herüber nach den französischen Arbeiterkreisen. Nun läßt die größte Arbeitervereinigung Frankreichs die Formel für den Generalfreik veröffentlichen und kommt mit Forderungen heraus, die den deutschen Spartakisten Ehre machen würden. Der Generalfreik wäre eine neue Erscheinung für die leistungsfähigsten Franzosen, der im Pariser Briefen wochenlang geschweigt hat. Die französische Regierung wird sich wehren und es den Arbeitern sehr unheimlich, daß sie in den allerschlimmsten Tagen der glorreichen Nation so über aus der Rolle gefallen sind und statt des „Bis la France“, „Nieder mit Clemenceau“ schreiben. Scharfe Maßnahmen dürften die Folge sein.

schaffen. Die vom Feindzeitig vom Feindzeitig Waffen den Letzten angenommenen Waffen sind nach Weibung des Hauptmanns Kaiser in der von den Letzten besetzten Kaserne zurückgelassen worden. Die Stärkung der lettischen Armee ist durchaus in unserem Sinne. Die allgemeine Mobilisierung muß nur, solange wir im Range sind, soweit gesichert werden, wie die in ganz weite Ausdehnung der Befreiung ist. Ein gewisser Anteil unserer Truppe gefordert. Graf von Wolf hat lediglich die Verantwortung für die Führung und den Schutz unserer Truppen. Soweit beides nicht befristet wird, hat er sich um die lettische Regierung nicht zu kümmern und sie keinesfalls in ihrer Tätigkeit zu behindern.

3. Bei den in dem Telegramm des Marschalls Hoch vom 29. Mai erwähnten Zusammenhängungen handelt es sich um Formationen, die inspanien und den baltischen Provinzen abbehalten sind. Reichsminister Erzberger.

Gerüchte über die Ostmark

Das Wolffsche Bureau droht den gerücheweis auf tretenden Weibungen zur Gründung einer aus Westpreußen bis zur Weichsel umfassenden ostpreussischen Republik unter der Präsidentschaft (?) des Bischofs von Ermland mit Einverständnis der Staatsregierung. Die deutsch-nationale Partei hat eine entsprechende Anfrage in der heutigen Landesversammlung gestellt. Die „Königsberger Zeitung“ polemisiert in einer aus „unrichtiger“ und „bedauerlicher“ Seite kommenden Zukunft gegen die angebotene Unternehmung. Dagegen freile begünstigt Erzielung von Sonderverträgen für Danzig auf Kosten der nationalen Einheit Ostpreußens und die „Danziger Zeitung“ weist diesen Angriff mit aller Schärfe als grundlos zurück. Hinter den Kulissen der in der Tagespresse zum Ausdruck kommenden öffentlichen Meinung wird von Lösungslösungen der Ostmark gemunkelt und mit Verächtlichkeit, und zwar nicht immer aus dem unparteiischen Gesichtswinkel des allgemeinen deutschen Volkes heraus, gearbeitet. Dem oberflächlichen und dem oberflächigen ostmärkischen Probleme stehenden Beurteiler der Lage im Osten muß sich bei all diesem die Befürchtung aufdrängen, als ob der Osten im Begriff stände, sich in territoriale Interessengruppen aufzulösen und sich in seiner Gesamtheit oder in zerstückelten Teilen von Deutschland loszulösen. Nichts von all dem ist jedoch der Fall, und die Heimat erbleibt nur eine Neuaufgliederung der Ostpreußischen Republik „Bis zum Meer“. Der Geist von der ostpreussischen Republik unter der erdmännlich-bischoflichen Regide hat gewiß in den Köpfen gewisser ostmärkischer Weibung der Ostpreußen — im ganzen zweier Ostpreußen — sein Leben geatmet. Das Verlangen nach jedoch schon längst verbrühten, bis einige politische Provinzialitäten es für gut gefunden, die Anstalten von verstorbenen Privatleuten zu Stützungen innerhalb von Volkstreffen Ostpreußens aufzubauen, um uns auch durch dieses Mittel zu haben. Aus der Witterungen der für die Vorgänge innerhalb des deutschen Lagers stets bedeutungslos gewordenen politischen Volkspresse sind denn verworrenen Nachrichten in die deutsche Öffentlichkeit gedrungen. Die Weigerung glaubte wohl, sich ebenfalls damit befassen zu müssen, und der deutsche Staatsbürger in der Ostmark hätte sich um eine Sensationsnachricht bereichert, die ihm keine Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge an Ort und Stelle nicht vermitteln konnte. Das gleiche Nichts steht hinter den Informationen der „unrichtiger“ Quelle der „Königsberger Zeitung“ (siehe die Ostpreußen) denn in Danzig wird ebenso wie in Königsberg und den übrigen Teilen der bedrohten Ostmark das Alltagsleben des Deutschen über jeden Sondervertrags gestellt. Damit ist die Angelegenheit aber nicht abgetan, denn die Tatsache besteht, daß diese Weibungslösung — nur um solche handelt es sich — nun einmal vorhanden sind und wie oben allgemein angedeutet wurde, auch hinter den Kulissen der Öffentlichkeit weitere Kreise ziehen. Es geht darum, den Ursachen dieser Weibungslösung auf den Grund zu gehen, und dies ist keineswegs so schwierig, als es den Anstalten haben könnte. Die Ziel- und Planlosigkeit der Regierung in den Sachen des Ostens, die wir nur ein Beispiel aus den letzten Tagen herausgreifen, zu dem entrüsteten Protest des Ausschusses für den ostpreussischen Reichstag in die Reichsregierung Anlaß gegeben hat, diese Planlosigkeit der Regierung ist der Anlaß der allgemeinen Nervosität im Osten, in der letzten Endes die Ursache der Weibungslösungen das tatsächlich einseitig orientierten Willens der Ostmark zu suchen ist. Die Nervosität, die von außen in die Ostmark hineingetragen wird, zu bekämpfen, ist die Hauptaufgabe der Volkstagsbewegung und des ostpreussischen Reichstages, deren Ziel dem einseitigen Willen der Ostmark entkräftigt, nicht politisch zu werden, nicht zu zerfallen und von Deutschland abgetrennt zu werden, unbedeutend ist der Gedanke der Volkstagsbewegung, unbedeutend, weil er über allem das Wohl des Deutschen stellt, unbedeutend, weil er in der Erhaltung der gesamten, unteilbaren Ostmark bei Deutschland die alleinige Möglichkeit zu ihrer Rettung sieht. Die Auswirkungen des Volkstagsbewegens sind nicht zu unterschätzen, denn jeder Herrschaft der Ostmark in einzelne Interessengebiete, verbindet die Vereinigung von Sonderverträgen auf Kosten des Deutschen Reiches die gesamte Ostmark und führen zur Schaffung des einseitigen Ostens, in dem der Osten Deutschlands sich jetzt als Ostmark aufzulösen darstellt. Vor dem festen Gefüge der Ostmark zerbrechen Sonderverträge und Lösungslösungen, vor dem Vertrauen auf sich selbst, daß der Volkstagsbewegung erweist, wird dann auch die Nervosität, das Gefühl der Unmöglichkeit und Unfähigkeit zu überwinden werden.

